

Welt der Arbeit

Ausgabe 21

www.weltderarbeit.de

20. Juli 2005

WdA im Juli

Wir sollten den Menschen in den EU-Gründerstaaten Frankreich und Holland dankbar für ihre Ablehnung der Verfassung sein. Das hat etliche Politiker offenbar ins Grübeln gebracht und außerdem dazu beigetragen, dass sich manche EU-Bürger, an denen die Verfassungsdiskussion bis dahin vorbei gegangen war, nun doch mit dem Thema beschäftigen. Das macht auch die *Welt der Arbeit*. Sie informiert in dieser Ausgabe über die Defizite gewerkschaftlicher Diskussion zum Europa-Thema und über zwei entscheidende inhaltliche Aspekte der vorgesehenen EU-Verfassung: die untergeordnete Rolle, welche die Gesellschaftspolitik dort einnimmt, und das übergroße Gewicht, das der Verfassungskonvent der europaweiten Auf-rüstung zugemessen hat: Wenn wir alle, die EU-Bürger, nicht aufpassen, wird das Europa der 25 eine hochgerüstete Freihandelszone.

Die Themen im Einzelnen:

Seite 1:

Welches Europa wollen wir?

Seite 2

Kein neuer

Flächentarifvertrag

Seite 3:

Die Koalition der Versager

Seite 4:

Deutschland hat die rote

Laterne

Seite 5:

Eine militärische Supermacht

Seite 6:

Der Konzernherr entscheidet über die Arbeitsplätze

Seite 7:

Abschied vom

Staatsrundfunk, Filmtipp

Seite 8:

Neugestaltung des

Karl-Marx-Hauses,

Rudolf Dreßler kommt zurück

Seite 9:

Mit 50 Beratern in die Pleite,

Kommentar, Buchtipps,

Impressum

Welches Europa wollen wir?

Europas Zukunft ist ungewiss. Widerspruch gegen die vorgesehene Verfassung der Europäischen Union gab es bislang vor allem dort, wo Information und Aufklärung eine inhaltliche Auseinandersetzung ermöglichten. Die Volksabstimmung in Frankreich war ein Beispiel dafür.

„Die europäischen Gewerkschaften haben den Verfassungsentwurf begrüßt, da er wichtige Verbesserungen in den für die Gewerkschaften wichtigen Feldern Soziales und Demokratie beinhaltet“, heißt es in einer Stellungnahme der ver.di zum EU-Verfassungsentwurf. Aber wo ist mit den Gewerkschaftsmitgliedern darüber diskutiert worden? Wollen wir wirklich eine politische und soziale Union? Oder schauen die Gewerkschaften weiterhin zu, wie aus Europa eine große neoliberale Freihandelszone wird?

Wettbewerb auf Kosten der Arbeiter

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat in seiner aktuellen Broschüre eine „wertschöpfungsorientierte Wirtschaftspolitik“ in Europa gefordert: „Vollendung des Binnenmarktes durch Öffnung der Schlüsselmärkte Energie, Verkehr und Post sowie eine Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte“. Was das bedeutet, ist hoffentlich jedem Gewerkschafter klar. Mit der Androhung von Standortverlagerungen werden die Arbeitnehmereinkommen und die tariflichen Mindeststandards noch stärker unter Druck geraten. Die Beschäftigten und die Arbeitslosen in den EU-Mitgliedsländern werden zur Förderung der Profite gegeneinander ausgespielt. Investition und Produktion finden dort statt, wo die geringsten Steuern, Sozialabgaben und Löhne verlangt werden. Der Wettbewerb wird auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgetragen.

Zwar verbessert der Verfassungsentwurf sowohl die Rechte der EU-Bürger als auch die Entscheidungsmechanismen, weil Einstimmigkeit bei Entschei-

dungen auf wenige Ausnahmen beschränkt bleiben soll. Aber die Freiheitsrechte der Wirtschaft werden höher bewertet als die sozialen Rechte der Menschen! Geradezu skandalös ist die geplante Verpflichtung der EU-Mitgliedsländer zu militärischer Aufrüstung. Auch dazu ist von der ver.di kein einziges kritisches Wort zu lesen.

Grundsatzdiskussion erforderlich!

Wenn eine friedliche Gemeinschaft entstehen soll, ist in allen europäischen Gewerkschaften eine breite Diskussion über die Zukunft der Union unverzichtbar. Grundlegende Entscheidungen dürfen nicht den Bürokraten, Politikern und so genannten Spitzenfunktionären überlassen bleiben. Der gewerkschaftliche Kampf gegen den Neoliberalismus muss auch auf europäischer Ebene stattfinden.

Die fatale Angebotsstrategie zur Lösung der europäischen Beschäftigungsprobleme ist untauglich. Regulierung und nicht Deregulierung des Arbeitsmarktes ist erforderlich. Soziale Mindeststandards zur Vermeidung von Lohndumping, eine Mindestbesteuerung und abgestimmte Steuerbemessungsgrundlagen sowie eine Initiative für europäische Mindestlöhne müssen beschlossen und durchgesetzt werden. Dazu gehört auch die Ausweitung der betrieblichen und Unternehmensmitbestimmung als Grundlage für eine soziale Demokratie.

Die politische Autonomie der Gewerkschaften muss gestärkt werden. Es reicht nicht, nur mit „beratendem Status“ als Teil der Zivilgesellschaft zur Entwicklung Europas angehört zu werden. Die europäischen Gewerkschaften müssen eine aktive Rolle übernehmen. Dazu gehört vor allem eine grenzüberschreitende Solidarität. Die kann aber nur erreicht werden, wenn in einer Aufklärungskampagne die Zustimmung für gemeinsame Ziele erreicht wird.

Franz Kersjes

Häuserkampf in der Papierverarbeitung

Kein neuer Flächentarifvertrag

Die Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag für die rund 95.000 Beschäftigten in der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie (PKV) sind am 28. Juni 2005 endgültig gescheitert. In dieser 10. Verhandlungsrunde verlangten die Unternehmer kompromisslos Öffnungsklauseln zur Verlängerung der Wochenarbeitszeit und zur Kürzung tariflicher Leistungen. Verbindliche Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung lehnten sie ab.



Urabstimmung bei Gunova, Bielefeld

In einer Urabstimmung hatten sich zuvor bereits 89,3 Prozent der ver.di-Mitglieder für einen unbefristeten Streik ausgesprochen. In der Zeit vom 3. März bis Ende Juni beteiligten sich die Beschäftigten in 113 Betrieben an Warnstreikaktionen. Aber im Unternehmerlager stand die Ideologie gegen die Vernunft. Jetzt muss die Auseinandersetzung um tarifliche Rechte in den Betrieben entschieden werden.

Ver.di wird nun die einzelnen Unternehmen und Konzerne der Branche zu betriebsbezogenen Tarifverhandlungen auffordern müssen. In einigen Unternehmen wurden schon unmittelbar nach dem Scheitern der Verhandlungen Firmentarifverträge unterzeichnet. In Fällen von Ver-

weigerung einer Verhandlungsbereitschaft, muss über betriebliche Aktionen und Streikmaßnahmen Druck gemacht werden. Es sollte dringend eine „Offensivstrategie“ entwickelt werden, damit tarifliche Mindestvereinbarungen in den Betrieben verteidigt und verbessert werden können.

Ver.di hat sich in den Verhandlungen für einen Neuabschluss des bundesweit gültigen Manteltarifvertrages engagiert eingesetzt. Bei der Arbeitszeitfrage hat die Arbeitnehmerseite sogar eine Lösungsmöglichkeit eingebracht: Zusätzliche Arbeitszeit bei zwingenden wirtschaftlichen Gründen – aber nur, wenn die Beteiligung und Zustimmung der Gewerkschaft vereinbart ist, die Arbeitszeit bezahlt wird und es eine absolut verlässliche Beschäftigungssicherung gibt. Auch dieser Vorschlag wurde von den Arbeitgebern abgewiesen. Weil die Unternehmer unnachgiebig darauf beharren, auf betrieblicher Ebene in tarifvertraglich abgesicherte Einkommensbestandteile eingreifen zu können und die Arbeitszeit zu verlängern, wurde das Scheitern der Verhandlungen unvermeidbar. Die Unternehmer der PKV setzen offensichtlich auf Erpressung der Belegschaften. Einen Flächentarifvertrag wollen sie nicht mehr abschließen. Statt sich um Kompromisse zu bemühen, sattelten die Unternehmer während der Verhandlungen noch drauf. Sie meinen es ernst mit ihrem „Marsch durch die Betriebe“.

Die Tarifrechte sollen ersetzt werden durch einzelvertragliche Vereinbarungen mit den Beschäftigten. Die Unternehmer

verlangen beispielsweise

- die Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit bei Bedarf bis zu 40 Stunden ohne Beteiligung der Gewerkschaft und ohne Beschäftigungssicherung;
- Samstagsarbeit bis 22 Uhr;
- die Kürzung der Zuschläge bei Überstunden und Samstagsarbeit;
- die Jahressonderzahlung betrieblich auf 35 Prozent zu kürzen.

Erst nach dem Scheitern der MTV-Verhandlungen hat der Unternehmerverband ein „Lohnangebot“ nachgeschoben: Einmalig 240 Euro für das Jahr 2005 und ein Prozent mehr ab 2006. Ein solches Lohndiktat ist unannehmbar! In der letzten Lohnverhandlung am 15. Juli wurde ebenfalls das Scheitern festgestellt.



Streik bei Gundlach, Bielefeld

Die Tarifkonflikte werden nun in die Betriebe getragen. Das muss für die Beschäftigten kein Nachteil sein. Aber sie müssen konfliktbereit sein! Mit einer betriebsnahen Tarifpolitik eröffnet sich auch die Möglichkeit, profitablere Firmen stärker zur Kasse zu bitten. Ohne tarifliche Friedenspflicht erhöht sich das Risiko für die Unternehmer, durch Streikmaßnahmen zum Abschluss eines Tarifvertrages jederzeit gezwungen zu werden. Frei nach dem Motto: Wer nicht hören will, muss fühlen!

F.K.

Die Demontage des Sozialstaates wird fortgesetzt

Die Koalition der Versager

Es ist Wahlkampfzeit. Im Wettbewerb um die Macht behaupten alle konkurrierenden Parteien, die Arbeitslosigkeit bekämpfen zu wollen. Aber ihre Wahlprogramme sind wenig glaubwürdig.

Die Wirtschaftspolitik von Union, FDP und Rot-Grün fördert seit Jahren Zustände, die zu steigender Massenarbeitslosigkeit geführt haben. Niemand wollte wirklich ein Gegenmodell zur Ideologie des Neoliberalismus entwickeln, weil es angeblich keine Alternative zur Globalisierung gäbe. Das aber ist nichts anderes als eine Schutzbehauptung der Nutznießer neoliberaler, globalisierter Wirtschaftsverhältnisse, welche die Verteilungsverhältnisse weltweit verschlechtert haben. Die Hälfte der Menschheit muss nämlich täglich mit weniger als zwei Dollar pro Person auskommen. Und daran soll die Politik nichts ändern können?

Sinnlose soziale Opfer

Es geht längst nicht mehr um eine der üblichen Krisen im Kapitalismus, um eine vorübergehende Wachstums- und Beschäftigungsschwäche. Es handelt sich vielmehr um einen lang anhaltenden Wachstumseinbruch, der bereits Mitte der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts entstanden und bis heute nicht überwunden ist. Die meisten kapitalistischen Länder befinden sich seitdem in einem Zustand der Stagnation. Die Produktionspotenziale werden nicht mehr ausgeschöpft und die Massenarbeitslosigkeit steigt. Trotz zahlreicher Steuersenkungen für Unternehmen und immer neuen Sozialabbaus bleibt das wirtschaftliche Wachstum gering, und die Arbeitslosigkeit steigt weiter. Eine wesentliche Ursache für

diese Entwicklung liegt in der Dominanz der Finanzmärkte gegenüber den Realwirtschaften. 90 bis 95 Prozent von weit über einer Billion US-Dollar, die täglich an den Devisenmärkten umgesetzt werden, entfallen auf reine Spekulationsgeschäfte. Die Umsätze, die auf die Realwirtschaft entfallen, liegen bei weit unter 10 Prozent. Vergleichsweise nur noch selten wird in die reale Wirtschaft und damit in die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen investiert. Deshalb entsteht kaum wirtschaftliches Wachstum.

Die Herrschaft der Profiteure

Die Realwirtschaft steht unter dem Druck, die Kosten immer mehr zu senken, damit die Profitraten durch Spekulationsgeschäfte weiter zu hohen Gewinnen führen. Gleichzeitig werden die nationalen Regierungen genötigt, noch bessere Voraussetzungen für Profitsteigerungen zu schaffen. Bewährtes Druckmittel ist die Drohung, Kapital in andere Länder zu lenken. Durch Standortkonkurrenz und Standorterpressung wird ein Wettbewerb der Volkswirtschaften um Steuersenkungen, Sozialabbau, Lohnkostensenkung, Einschränkungen von Arbeitnehmerrechten und verschärfte Umverteilung von unten nach oben hervorgerufen. Und schließlich entziehen sich viele Besitzer großer Vermögen der Sozialpflichtigkeit ihres Eigentums durch Steuerflucht; sie nutzen die Globalisierung von Wirtschaft und Finanzsektor für ihre Geschäfte. Damit nicht genug. Die großen Vermögensbesitzer verdienen auch noch an der Verschuldung des Staates. Weniger Steuereinnahmen zwingen den

Staat zu verstärkter Kreditaufnahme. Zurzeit gehen mehr als 25 Prozent der Steuereinnahmen in den Schuldendienst. Und den größten Teil seiner Schulden zahlt der Staat an die Privatwirtschaft. Ein perverseres System der Ausbeutung gibt es nicht.

Derartige Auswüchse der neoliberalistischen Globalisierung hat die Politik ermöglicht und gefördert! Und den Menschen wird als Reformen verkauft, was in Wahrheit nichts anderes als die Unterwerfung der Schwachen durch die Starken ist. Daran wird sich nichts ändern, wenn weiterhin der Mut zum Politikwechsel fehlt.

Die Behauptung, dass wirtschaftliches Wachstum zu mehr Beschäftigung mit ausreichendem Einkommen führe, ist weltweit längst widerlegt. Nur Neoliberale propagieren noch das Märchen von den Wachstumsraten zur Lösung der ökonomischen Probleme.

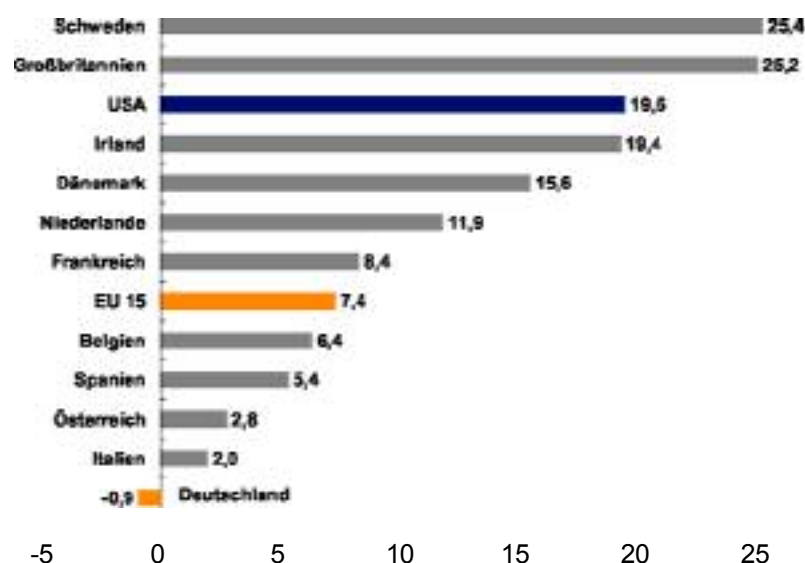
Wachstum und Stagnation

Bereits seit Jahrzehnten gibt es die bittere Erfahrung, dass selbst bei hohen Wachstumsraten die Anzahl der Arbeitsplätze stagniert. *Jobless growth*, Wachstum ohne Arbeitsplätze, ist in fast allen Ländern zu erkennen. Aber die Wichtigtuer der „Volksparteien“ in unserem Land versprechen immer noch mehr Beschäftigung. Notwendig wäre eine spürbare Verkürzung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit, damit die vorhandene Arbeit auf mehr Menschen verteilt werden kann.

- Fortsetzung Seite 4 -

Reallohnentwicklung**Deutschland hat die rote Laterne**

In Deutschland sind die Reallöhne in den vergangenen zehn Jahren um 0,9 Prozent gesunken (siehe Grafik). Damit liegt die Bundesrepublik unter den 15 alten EU-Ländern an letzter Stelle. Im Durchschnitt sind dort die Reallöhne im genannten Zeitraum um 7,4 Prozent gestiegen. Das zeigt der demnächst erscheinende Europäische Tarifbericht des WSI-Tarifarchivs auf der Basis von Daten der Europäischen Kommission. In Frankreich betrug der Anstieg 8,4 Prozent, in den Niederlanden 11,9 Prozent, in Großbritannien sogar 25,2 Prozent. Nach Auffassung des WSI ist die moderate Lohnentwicklung eine wichtige Ursache für die lahrende Binnenkonjunktur. Zwar hat sich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft deutlich verbessert, aber die negativen Auswirkungen auf die Binnennachfrage haben diesen Vorteil wieder zunichte gemacht. Eine Stärkung der Binnennachfrage setzt nach Ansicht der WSI-Forscher eine Lohnpolitik voraus, die den Verteilungsspielraum zwischen absehbarer Preissteigerung und Produktivitätsentwicklung ausschöpft. (WSI-Tarifarchiv)

Entwicklung der Reallöhne 1995 - 2004 in %

Quelle: Europäische Kommission

Lohnpolitik behindert das Wachstum

In einer internen Studie des Bundesfinanzministeriums zum Thema „Produktivitätsorientierte Lohnpolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung“ wird die zurückhaltende Lohnpolitik der vergangenen Jahre als wesentlicher Grund für die Wachstumsschwäche dargestellt. „Löhne sind nicht nur Kosten, sie sind auch die Basis des privaten Konsums“, heißt es in der Studie. Die Konsumseite der Löhne müsse nach der Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre wieder mehr im Mittelpunkt stehen. Die Lohnpolitik müsse sich daher wieder am Produktivitätsfortschritt orientieren.

(Manager-Magazin)

- Fortsetzung von Seite 3 -

Propagiert wird aber genau das Gegenteil, nämlich die Verlängerung der Arbeitszeiten, damit die Lohnkosten zur Förderung der Renditen „aus Gründen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ gesenkt werden können.

Gegenmacht Gewerkschaften

Der Neoliberalismus und seine Akteure profitieren aber auch von der Schwäche der Gewerkschaften. Sie haben sich teilweise einbinden lassen in Kompromisse, die sie bekämpfen müssten. Wie entrinnen sie dieser scheinbaren Komplizenschaft? Die Gewerkschaften können nur gewinnen, wenn sie unmissverständlich als Gegenmacht handeln. Der unverzichtbare Kampf gegen den Neoliberalismus muss ein internationaler Kampf sein. Es mangelt bislang besonders an der konkreten Zusammenarbeit der europäischen Gewerkschaften für eine sozialstaatliche Erneuerung der Europäischen Union. Bündnisse von Gewerkschaften, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen müssten nun endlich über die bisherigen zaghaften Ansätze einer Kooperation hinauskommen; sie müssten für eine stärkere Aufklärung über die Hintergründe und Absichten der offiziellen Politik sorgen, und sie müssten mit Aktionen Regierungen und Opposition unter Druck setzen. Es ist für die Gewerkschaften völlig sinnlos, Verbündete für ihren Kampf unter solchen Parteien zu suchen, die das geringste Übel darstellen. Die Gewerkschaften – und damit alle ihre Mitglieder! – werden immer Verlierer sein, wenn sie ihre Autonomie und Souveränität nicht nutzen.

Franz Kersjes

Europäische Union

Eine militärische Supermacht

Als Anfang der Neunzigerjahre des 20. Jahrhunderts der französische General Michel Fennebresque forderte, die EU müsse ein „Waffenpotential vergleichbar den USA“ aufbauen, ging das noch in den Friedenshoffnungen der ersten Wendejahre unter. Ein Jahrzehnt später tritt jedoch die Finalität der EU unverkennbar hervor: die Bildung einer militärischen Supermacht.

Die EU-Verfassung, vom EU-Parlament am 12. Januar 2005 bereits beschlossen, sieht eine Aufrüstungsverpflichtung und Selbstmandatierung für weltweite Kriegseinsätze vor. Der (beileibe nicht EU-kritische) luxemburgische Ministerpräsident Jean Claude Juncker hat laut *Spiegel* 25/2003 über die Entstehung des EU-Verfassungsentwurfes im EU-Konvent folgendes Urteil gefällt: „Ich habe noch nie eine dunklere Dunkelkammer als den EU-Konvent gesehen“.

Was in dieser Dunkelkammer ausgebrütet wurde, weist den Weg nicht in ein zukunftsfähiges Europa des 21. Jahrhunderts, sondern zurück in die Katastrophen des 19. und 20. Jahrhunderts. Denn diese Verfassung ist eine Verfassung der Militarisierung des Kontinents. Im Artikel I-41, Abschnitt 3, heißt es: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“.

Eine solche Aufrüstungsverpflichtung ist wohl weltweit einzigartig. Wenn es uns nicht gelingt, diese Verfassung zu verhindern, würden in Zukunft Abrüstungsbefürworter/innen außerhalb des Verfassungsbogens stehen. Durch die Aufnahme dieser Aufrüs-

tungsverpflichtung in die Verfassung wäre das Gebot zur Aufrüstung maximal einzementiert, also nur mehr veränderbar, wenn das Europäische Parlament, alle Regierungen und alle nationalen Parlamente gleichzeitig für eine Veränderung eintreten würden. Also faktisch unveränderbar auf Generationen.

Damit diese Aufrüstungsverpflichtung kein Papiertiger bleibt, kommt noch im selben Absatz des Artikels I-41 ein eigenes Rüstungsamt (Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeit, Forschung, Beschaffung und Rüstung) ebenfalls zu Verfassungsehren. Aufgabe dieses Rüstungsamtes ist es, „den operativen Bedarf“ an Kriegsgerät zu ermitteln, „Maßnahmen zur Bedarfsdeckung zu fördern“ als auch „diese Maßnahmen gegebenenfalls durchzuführen“. Diese Rüstungsagentur hat also auch exekutive Befugnisse. Entsprechend euphorisch bejubeln die Chefs der größten EU-Rüstungskonzerne EADS, BA-Systems und Thales dieses Amt am 15. Juni 2004 in ganzseitigen Anzeigen („Eine starke europäische Verteidigungsagentur nützt allen – nutzen wir die Chance!“) in vielen Tageszeitungen als „historisches Ereignis“, das für die Rüstungsindustrie „von allergrößter Bedeutung“ ist.

Wofür braucht man diese Aufrüstungsschritte? Auch darauf gibt die Verfassung eine Antwort. Es geht um globale militärische Interventionsfähigkeit: „Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ... sichert der Union eine auf zivile und militärische Mittel gestützte Fähigkeit zu Operationen für Missionen außerhalb der Union“. (Artikel I-41, Absatz 1)

Ziel dieser militärischen Missionen ist die „Bekämpfung des Terrorismus ... unter anderem auch durch Unterstützung für Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet“. (Artikel III-309, Absatz 1)

Das bedeutet die territorial unbeschränkte Selbstmandatierung des EU-Ministerrates für globale Kriegseinsätze – auch ohne UNO-Mandat. Denn es ist eine Frage politischer Definition, ob jemand als Freiheitskämpfer oder Terrorist gilt; und diese Definition schreibt sich der Ministerrat zu.

In der so genannten Europäischen Sicherheitsstrategie haben die EU-Chefs im Dezember 2003 diese Strategie bereits konkretisiert. Dort heißt es: „Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen. ... Wir müssen eine Strategie-Kultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen fördert. Als eine Union mit 25 Mitgliedstaaten, die mehr als 160 Milliarden Euro für Verteidigung aufwenden, sollten wir mehrere Operationen gleichzeitig durchführen können. Damit wir unsere Streitkräfte zu flexibleren, mobilen Einsatzkräften umgestalten und sie in die Lage versetzen können, sich den neuen Bedrohungen zu stellen, müssen die Mittel für die Verteidigung aufgestockt und effektiver genutzt werden“. Dann werden jene Regionen und Länder aufgezählt, wo die EU an „robustes Eingreifen“ denkt: die gesamte arabische Welt, der Mittelmeerraum, Südkaukasus. Also wohl nicht zufällig jene Länder und Regionen, wo die weltweit größten Erdöl- und Erdgasvorräte liegen.

-Fortsetzung auf Seite 6 -

Zusätzlich findet sich in der Verfassung eine militärische Beistandsverpflichtung, die schärfer ist als die der NATO. Denn während es die NATO ihren Paktpartnern freistellt, in welcher Form (zivil oder militärisch) sie Beistand leisten, verpflichtet die EU-Verfassung die Mitgliedstaaten, „alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung“ (Artikel I-41, Absatz 7) aufzuwenden – also unzweideutig auf militärische Mittel zurückzugreifen.

Ebenso ist die Bildung eines militärischen Kerneuropas angelegt. Diese *Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ)* soll jene Staaten umfassen, die „anspruchsvollere Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen“ (Artikel I-41, Absatz 6). In einem Zusatzprotokoll zur SSZ sind die „militärisch anspruchsvollen Kriterien“ angeführt. Eines ist, innerhalb von fünf Tagen Soldaten rund um die Welt zum Einsatz bringen zu können. Dieser innere Führungszirkel funktioniert strikt nach den Prinzipien von Upperclass-Klubs: Die Klubmitglieder selbst können, nach dem Mehrheitsprinzip, darüber befinden, wer Einlass findet und wer nicht.

Diese EU-Verfassung ist nicht der Beginn der Militarisierung der EU, aber sie soll diese einzementieren und vorantreiben. Sie stellt den rechtlichen Rahmen für die Erlangung der globalen Kriegsfähigkeit der EU dar.

Gerald Oberansmayr

Der voranstehende (gekürzte) Beitrag erschien in der Zeitschrift für Demokratisierung der Arbeitswelt „Mitbestimmung“ in Österreich und ist eine Zusammenfassung des Buches „Auf dem Weg zur Supermacht“, Die Militarisierung der Europäischen Union, von G. Oberansmayr, erschienen im Promedia Verlag, Wien, 144 Seiten, 9,90 €

Massenentlassungen bei Bauer-Druck in Köln **Der Konzernherr entscheidet über die Arbeitsplätze**

In einer Sonderausgabe berichtete die Welt der Arbeit im Januar 2005 über die Entscheidung des Konzernherrn Heinz Bauer, Boss des Heinrich Bauer Verlages in Hamburg, in seiner Tiefdruckerei in Köln die Hälfte der Belegschaft zu entlassen. Vier von acht der vorhandenen Tiefdruck-Rotationsmaschinen sollen stillgelegt und bis zu 470 der 950 Beschäftigten sollen in die Arbeitslosigkeit abgeschoben werden, weil der Druck der Verlagszeitschriften in anderen Tiefdruckbetrieben angeblich kostengünstiger erfolgen kann. Nach außerordentlich schwierigen und langwierigen Verhandlungen sind nun vertretbare Ergebnisse erreicht worden.

Betriebsrat und Gewerkschaft haben in den vergangenen Monaten engagiert und überzeugend für die Erhaltung der Arbeitsplätze gekämpft. Wichtigstes Ziel war, den geplanten Personalabbau spürbar zu reduzieren und einen vertretbaren Sozialplan auszuhandeln.

Auf Initiative des nordrhein-westfälischen Landesschlichters Bernhard Pollmeyer und mit Unterstützung des Landesfachbereichs 8 der ver.di NRW haben sich nach zahlreichen Verhandlungsrunden Betriebsrat und Geschäftsleitung auf Eckpunkte einer Vereinbarung zur Standort- und Beschäftigungssicherung verständigt. Von den derzeit 950 Arbeitsplätzen sollen etwa 680 Stellen – also rund 200 Arbeitsplätze mehr als geplant – erhalten bleiben. Dazu soll die regelmäßige tarifliche Wochenarbeitszeit im gesamten Betrieb und für alle Beschäftigten von 35 auf 32 Stunden ohne Lohn- und Gehaltsausgleich abgesenkt werden. Zur zusätzlichen Beschäftigungssicherung soll ein Teil der Leiharbeiter zukünftig durch derzeit bereits unbefristet beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ersetzt werden. Für den Zeitraum vom 1.8.2005 bis zum 31.12.2008 wird eine Standort- und Beschäftigungsgarantie vereinbart. In dieser Zeit sollen keine betriebsbedingten Kündigungen erfolgen. Im Konfliktfall soll der Landesschlichter eingeschaltet werden. Über diese ausgehandelten Regelungen müssen nun noch der Konzernherr Heinz Bauer und die Belegschaft entscheiden.

Zum Ausgleich und zur Milderung der wirtschaftlichen Nachteile, die den Beschäftigten bei Bauer-Druck infolge der geplanten Betriebsänderung (in diesem Fall einer Teilstilllegung) entstehen, wurde am 12. Juli auch ein Interessenausgleich und Sozialplan vereinbart. Die Beschäftigten, die ihren Arbeitsplatz verlieren, erhalten einen Abfindungsbetrag von mindestens 7.500 Euro und maximal 110.000 Euro brutto. Beschäftigte, die vor dem 31. Juli 2005 einen Altersteilzeitvertrag oder einen befristeten Arbeitsvertrag abgeschlossen haben und Auszubildende, die sich in der Ausbildung befinden, sind vom Personalabbau nicht betroffen. Die von der Betriebsänderung betroffenen Arbeitnehmer erhalten für das Jahr 2005 die volle tarifliche Jahresleistung sowie das volle zusätzliche Urlaubsgeld. Eine Vereinbarung über die Einbeziehung einer Transfergesellschaft in die Sozialplanvereinbarung ist nicht zustande gekommen.

Franz Kersjes

Medien in der Mongolei**Abschied vom Staatsrundfunk**

Die Mongolei – ein großer Flächenstaat mit nur rund 2,4 Millionen Einwohnern - ist das erste Land in Asien, das den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nach europäischem Modell einführt. Nach jahrelangen Diskussionen hat das Parlament, der Grosse Chural, im Januar 2005 ein entsprechendes Gesetz verabschiedet, das am 1. Juli in Kraft getreten ist. Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung hatte ich in den vergangenen beiden Jahren Gelegenheit, den zuständigen Parlamentsausschuss bei der Entwicklung des Gesetzes zu beraten. Vorbild waren Prinzipien und Strukturen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Europa. Der Staatsrundfunk der Mongolei wird nun abgelöst durch demokratisch organisierte Hörfunk- und Fernsehprogramme, die von unabhängigen Journalistinnen und Journalisten produziert werden sollen. Die etwa 1.000 Beschäftigten des bislang staatlichen Rundfunks wurden übernommen und müssen nun lernen, mit der neuen Freiheit umzugehen. Aber auch Regierung, Parteien und der Staatsapparat werden sich umstellen müssen, um zu lernen, was Medienfreiheit bedeutet.

Dschingis Khan und seine Erben

Zu dieser Freiheit gehört die Unabhängigkeit des Rundfunkrates. Nach der Verabschiedung des neuen Rundfunkgesetzes hat der Staatspräsident unter anderem ein Veto gegen das Benennungsverfahren der Vertreter/innen der gesellschaftlichen Gruppen für den Rundfunkrat eingelegt. Das Gesetz wurde leider entsprechend geändert.

Wie überall auf der Welt, haben

auch Politiker in der Mongolei Schwierigkeiten, Macht und Einfluss auf die Medien zurückzunehmen und die erforderliche Staatsferne des Rundfunks zu akzeptieren. So sollen die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ihre personellen Vorschläge zur Besetzung des Rundfunkrates an das Parlament, die Regierung und den Staatspräsidenten einreichen, die dann eine Auswahl treffen und damit über die personelle Besetzung des Rundfunkrates entscheiden. Gegen dieses Verfahren protestieren die Vertreter der NGOs sowie Journalistinnen und Journalisten. Mit großem Nachdruck fordern sie demokratische Regelungen. Das Parlament wird nun erneut beraten und hoffentlich das autonome Entscheidungsrecht der NGOs für die Zukunft sichern. Das unabhängige Presseinstitut und der zuständige Parlamentsausschuss haben inzwischen mit Vertretern der betroffenen Organisationen über „Auswahlverfahren, Rolle und Aufgaben der Vertretungen gesellschaftlicher Gruppen im Rundfunkrat“ beraten und Vorschläge erarbeitet. Die Erfahrungen aus Deutschland dienen dazu als Orientierung.

Finanzierung nicht gesichert

Die Finanzierung des Staatsrundfunks in der Mongolei war bislang zu Zweidritteln durch den Staatshaushalt und zu einem Drittel aus Werbeeinnahmen gesichert. Eine Gebührenfinanzierung ist in einem Land, das mehr als viermal so groß ist wie Deutschland und überwiegend von Nomaden bewohnt wird, grundsätzlich nicht möglich. Zudem belastet die große Armut

der Bevölkerungsmehrheit die Staatsfinanzen so stark, dass viele Politiker daran denken, die Mittel zur Finanzierung des Rundfunks zu kürzen. Deshalb bleiben fast nur die Werbeeinnahmen, über deren Verwendung das Parlament endgültig im Dezember dieses Jahres entscheiden will.

Franz Kersjes

Weitere Informationen zum Thema unter www.weltderarbeit.de (Medien)

Filmtipp

„Jeder Mensch trägt Geschichten in sich, wie Samen, die langsam reifen und eines Tages blühen. Vor vielen Jahren hat mir meine Großmutter in der Mongolei die ‚Fabel vom gelben Hund‘ erzählt und mit ihr eine der größten Lebensweisheiten an mich übermittelt.

Mit meinem Film **Die Höhle des gelben Hundes** möchte ich diese Geschichte auch Menschen aus anderen Kulturkreisen zugänglich machen“.

Byambasuren Davaa

Nach ihrem Welterfolg „Die Geschichte vom weinenden Kamel“ kehrt Regisseurin Byambasuren Davaa erneut in ihre faszinierende Heimat Mongolei zurück. In der endlosen Weite der mongolischen Landschaft führt eine Nomadenfamilie ein Leben fernab der Zivilisation im Einklang mit der Natur. Bei einem ihrer Spaziergänge findet die kleine Nansaa einen jungen Hund, den sie mit nach Hause nimmt. Er wird fortan ihr treuer Begleiter. Doch eines Tages verliert sie seine Spur und begegnet bei ihrer Suche einer alten Nomadin, die ihr die Legende von der Höhle des gelben Hundes erzählt.

www.gelberhund-derfilm.de

Neugestaltung des Karl-Marx-Hauses

Das Geburtshaus von Karl Marx in Trier ist neu gestaltet worden. Zwar blieben Architektur und Bausubstanz erhalten; doch das Innere des Gebäudes und die Präsentation der Dauerausstellung wurden modernisiert. Der Einsatz zeitgemäßer Medien und ein Farbleitsystem fordern die Besucher geradezu heraus, sich mit Form und Inhalt der Ausstellung auseinander zu setzen.

Das Geburtshaus von Karl Marx war etwa 1727 als barockes Wohnhaus errichtet worden. Der Vater Heinrich Marx mietete es im April 1818. Er richtete dort eine Kanzlei für seine Anwaltstätigkeit und der Familie eine Wohnung ein. Wenige Wochen später, am 5. Mai 1818, wurde dort sein Sohn Karl geboren.

Mehrfach wechselte das Haus in der heutigen Brückenstraße 10 die Besitzer; durch Um- und Anbauten wurden im Lauf der Jahre viele Veränderungen vorgenommen. Als Geburtshaus von Karl Marx geriet das Gebäude in Vergessenheit. Erst 1904 wurde es „wiederentdeckt“: In der „Trierischen Zeitung“ vom 5. April 1818 fand man eine Anzeige des Anwalts Heinrich Marx, der seinen Umzug in die damalige Brückenstraße 664 mitteilte.

Die Bemühungen der SPD, das Haus zu erwerben, zogen sich über Jahre hin. Erst 1928 gelang der Kauf. Es sollte eine Erinnerungsstätte an Leben und Werk von Karl Marx und an die Geschichte der Arbeiterbewegung werden.

Im Mai 1933 beschlagnahmten die Nazis, neben anderen SPD-Immobilien, auch das ihnen verhasste Marx-Haus. Mit Hilfe eines internationalen Solidaritätskomitees wurde die Einrichtung nach Kriegsende an die Sozialdemokratie zurückgegeben, die es 1947 als Erinnerungsstätte an Karl Marx eröffnete.

1968 vertraute die SPD das Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung an. Zum 150. Geburtstag von Karl Marx im selben Jahr eröffnete Willy Brandt dort eine Ausstellung zu dessen Leben und Werk. 1983, zum 100. Todestag von Karl Marx, wurde das umfassend neu gestaltete Karl-Marx-Haus mit erweiterter Ausstellungsfläche wiedereröffnet. Die gegenwärtige, völlig neu konzipierte Ausstellung ist seit 2005 zu sehen.

www.museum-karl-marx-haus.de

Lesetipp

Die **Büchergilde Gutenberg** ist die älteste unabhängige Buchgemeinschaft Deutschlands, die ihren Mitgliedern seit über 80 Jahren erfolgreich ein interessantes Literaturprogramm bietet. Mitglied werden kann jeder, der Spaß an guter Literatur, edlen Büchern und schönen Dingen hat. Über 100.000 Leserinnen und Leser, Autoren und Künstler machen die Büchergilde zu einem lebendigen Forum für Kultur und Gesellschaftskritik.

Alle Bücher sind bis zu 25 % preiswerter als vergleichbare Ausgaben der Originalverlage bei hochwertiger Ausstattung.

Einmalig: Neumitglieder erhalten 3 Bücher für 5 €. Die Mitgliedschaft ist kostenlos! Nähere Informationen unter www.buechergilde.de

Rudolf Dreßler kommt zurück

Fünf Jahre lang war er Botschafter unseres Landes in Israel. Nun kommt er zurück nach Deutschland. Rudolf Dreßler, von 1980 bis 2000 Mitglied des Bundestages, wurde in dieser Zeit zum maßgeblichen Sozialpolitiker der SPD. Der gelernte Schriftsetzer und Gewerkschafter hat stets mit großem Engagement und Überzeugungskraft für Solidarität als „Ur-Element jeder menschlichen Gesellschaft“ geworben und gekämpft.

Rudolf Dreßler stand 16 Jahre an der Spitze der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD. Auf der Konferenz der AfA am 17. März 2000 beklagte er bereits die Entwicklung der SPD mit Gerhard Schröder an der Spitze. Dem Aufruf von Wolfgang Clement, die Gerechtigkeitsideale zu überdenken und sie an den Realitäten der Weltwirtschaft zu

messen, widersprach er entschieden. Nach dem Wahlsieg 1998 verweigerte der Kanzler ihm ein angemessenes Ministeramt. Mit der Neuen Mitte, die Schröder als Zauberformel für die Veränderung in der SPD ausgab, konnte Dreßler nichts anfangen. Trotzdem wurde er stellvertretender Fraktionsvorsitzender und gesundheitspolitischer Sprecher der SPD. 1997 überlebte er knapp und schwer verletzt einen Autounfall.

Ob Rudolf Dreßler sich nach seiner Rückkehr wieder aktiv in die Parteipolitik einmischen wird, ist offen. Mit 64 Jahren wird er sich das wahrscheinlich nicht mehr antun.

Franz Kersjes

Rudolf Dreßlers Rede vor der AfA-Bundeskonzferenz am 17. März 2000 in Bielefeld ist dieser Ausgabe der Welt der Arbeit beigelegt.

Mit 50 Beratern in die Pleite

Ende Mai hat die Firma Agfa Photo in Leverkusen die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens beantragt. Betroffen sind bundesweit 1.800 Beschäftigte. Die Produktion und die Zahlung der Gehälter sind zunächst nur bis Ende Juli gesichert. Ein Sanierungskonzept fehlt bislang, und die Verkaufsabsichten konnten noch nicht realisiert werden.

Ein glänzendes Geschäft hat auch in diesem Fall wieder einmal eine Beratungsfirma gemacht. In einer Nachricht des *Kölner Stadt-Anzeigers* vom 24. Juni 2005 heißt es: "Am Donnerstag wurde eine Liste mit mehr als 50 Beratern bekannt. Sie sollen zwischen Herbst 2004 und Mai 2005 von Agfa Photo engagiert worden sein – mit Tages-Honoraren von oft mehr als 1.000 Euro, mitunter sogar bis zu 3.000 Euro. Angeblich ließen sich die Berater das Geld alle zwei Tage auszahlen – was als Hinweis darauf gilt, dass täglich mit der Insolvenz des Unternehmens gerechnet wurde. Unter Anspielung auf ein arabisches Märchen wurde die

große Beratertruppe um den Agfa-Photo-Investor Hartmut Emans als ‚Ali Emans und die 40 Räuber‘ bezeichnet“. Diese fast unglaubliche Geschichte ist aber wohl kein Einzelfall.

Der Autor Werner Rügemer hat in seinem sehr lesenswerten Buch „Die Berater“ eine Analyse zum Mythos der Beratertätigkeit vorgelegt: "Die Berater konnten sich in einem privilegierten Schonraum der ‚westlichen Wertegemeinschaft‘ bisher dem Vertrauensverlust entziehen, der Politiker, Topmanager und Lobbyisten betrifft. Daraus resultiert die gegenwärtige Macht der Berater. ... Hier ist eine mächtigere und nachhaltiger arbeitende Spezies gemeint: Unternehmensberater, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsanwälte. Die ökonomische Verdummung des Publikums geht einher mit dem ideologischen Sieg des Neoliberalismus. Die Berater sind seine bisher unerkannte Kampftruppe. Sie simuliert ökonomische Effizienz, befördert und organisiert aber nichts anderes als die Bereicherung weniger und die Verarmung vieler" (Seite 68).

Buchtip

Daniela Dahn
Demokratischer Abbruch
 Von Trümmern und Tabus
rororo, 160 Seiten, 7,90 Euro

Die Autorin war Gründungsmitglied der ostdeutschen Bürgerbewegung „Demokratischer Aufbruch“. Ihr neues Buch enthält Zeitungsbeiträge, Reden, Essays und literarische Porträts (über Günter Grass, Heinz Knobloch, Christa Wolf), vieles bislang unveröffentlicht.

Daniela Dahn unternimmt eine kritische Bestandsaufnahme unseres

Umgangs mit Recht und Demokratie, mit Militarisierung und Globalisierung. Was ist noch übrig von Freiheit und Gleichheit, von der Glaubwürdigkeit unseres politischen Systems?

„Daniela Dahn ist eine Kritikerin der Verhältnisse par excellence, sie ist folglich unbequem. Scharfsinnig im Urteil und unabhängig in der Analyse, gehört sie zu den mutigen Publizisten dieser Zeit“.

Jorge Semprun in seiner Begründung für die Verleihung des Ludwigs-Börne-Preises an Daniela Dahn.

Kommentar

Vorteilsnahme

Korruption ist der heimliche Missbrauch von anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil. Die Grenzen sind fließend. Nicht selten versuchen Unternehmer und Manager die Interessenvertreter der Belegschaft in ihr Boot zu holen und in die Geschäftspolitik einzubinden. Die Sprüche über die Gemeinsamkeiten im Unternehmen haben zum Ziel, Konflikte zu vermeiden und Interessenunterschiede zu verwischen. Erfolgreich sind diese Versuche selten. Aber manchmal glauben Betriebsräte, sie müssten auf „Augenhöhe“ mit der Geschäftsleitung verhandeln. Schon manch einer ist dabei blind geworden. Das Beispiel VW sollte eine Warnung sein! Mächtig und erfolgreich werden Betriebsräte nur durch das Vertrauen und die Unterstützung der Belegschaft. Dazu braucht man weder einen Dienstwagen noch Lustbarkeiten mit „Eigenbelegen“. Wer den aufrechten Gang geht, ist nicht erpressbar.

Franz Kersjes

Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:
 Franz Kersjes, Abendrothstraße 5,
 50769 Köln, Telefon: 0171 - 5 26 65 35

Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht.
www.weltderarbeit.de

Nachdruck erwünscht.
 Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.